



Erneut weltweiter Skandal der Pharmaindustrie ans Tageslicht gekommen: **Pharmakonzerne bezahlen „Grippe-Experten“ der WHO!**

Ein Pharma-Skandal neuen Ausmaßes deutet sich an. Wie eine Untersuchung des »British Medical Journal« und der Journalisten-Vereinigung »Bureau of Investigative Journalism« aufdeckte, standen Ratgeber der World Health Organisation (WHO) auf der Gehaltsliste gerade jener Pharmakonzerne, die von einer Pandemie-Panik profitierten. Aufgabe der Wissenschaftler war es, für die UNO-Organisation Richtlinien im Umgang mit einer weltweiten Grippewelle zu erarbeiten.

Die von der WHO 2009 ausgerufene Schweinegrippe-Warnung sorgte vor allem beim Schweizer Pharma-Riesen Roche, dem Hersteller von Tamiflu und dem britischen Konzern GlaxoSmithKline (GSK), Hersteller von Relenza, für Milliarden Gewinne.

Die Richtlinien geben vor, wie Impfstoffe und Medikamente im Falle einer Grippe-Pandemie einzusetzen sind und empfehlen Ländern eine entsprechende Bevorratung. Folge der herbeigesagten Schweinegrippe-Pandemie war die dreiste Verschwendung von Steuermitteln durch den Ankauf und die Einlagerung obiger Medikamente. Den beiden Pharmagiganten brachte dieser Coup allerdings mehr als 7 Mrd. US\$ ein, berichteten City-Analysten. Die dramatisierende WHO-Einschätzung einer globalen Schweinegrippe-Katastrophe hatte allem Anschein nach nur einen einzigen Hintergrund: das Abschöpfen eines riesigen Gewinns. Nicht zuletzt dieser unfassbare Betrug ermöglichte der Pharmabranche, gut über die Finanzkrise zu kommen.

Die Tentakel der Pharmaindustrie reichen bis in die UNO

„Die Tentakel der Pharmaunternehmen beeinflussen auf allen Ebenen den Entscheidungsprozess“ urteilt PAUL FLYNN, britischer Parlamentsabgeordneter und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Europäischen Rats.

Doch nicht alle Regierungen folgten dem durch die WHO-Entscheidung ausgelösten Kaufdruck. Einige Länder, darunter Polen, lehnten eine Beteiligung an den aufgeprägten Panik-Einkäufen dieser Vakzine ab. Allein die gesunde Skepsis der Menschen verhinderte die anvisierte Verwendung bereitgestellter Impfstoffe. So sind Regierungen heute bemüht, sich aus den teuren Verträgen wieder zu lösen. PAUL FLYNN fordert nach dieser Aufdeckung: „Es muss einen Anspruch auf die Transparenz der WHO geben, weil dort eine Prioritätsverzerrung innerhalb öffentlicher Gesundheitsleistungen stattfand, der den Verlust riesiger Summen öffentlicher Gelder und eine Provokation ungerechtfertigter Angst nach sich zog.“

Wer waren die Handlanger bei der WHO?

Die ausdrückliche Empfehlung auf antivirale Medikamente gab Prof. FRED HAYDEN, University of Virginia. Auf Nach-

frage bestätigte er, dass er sowohl von Roche als auch von GSK zur fraglichen Zeit für Vorträge und Beratungsleistungen bezahlt wurde. Als ein Hauptautor einer von Roche gesponserten Studie sorgte Hayden bereits 2001 für die werbewirksame Stilisierung von Tamiflu als künftigen Verkaufsschlager – proklamiert wurde eine 60 %-ige Reduzierung grippebedingter Krankenhausaufenthalte. Nur eine Grippewelle fehlte noch.

Der Epidemiologe Dr. ARNOLD MONTO, University of Michigan, schrieb in den WHO-Richtlinien das Kapitel über den Einsatz von Impfstoffen. Beraterhonorare von Roche erhielt er ebenso. Der Verfasser des Abschnittes über „pandemische Influenza“, Prof. KARL NICHOLSON, University of Leicester, durfte sich gleichermaßen über die Bezahlung „seiner Leistungen“ durch Roche und GSK freuen.

Dabei leugnete keiner der drei die Verknüpfung zur Industrie, nachweislich auch nicht gegenüber der WHO. In dem maßgebenden Bericht der UNO-Organisation sucht man allerdings vergebens nach den offensichtlichen Interessenskonflikten. Hier werden die allzu verräterischen Verbindungen wohlweislich verschwiegen.

Die infolge der WHO-Einstufung hierzulande eingeleiteten Maßnahmen, u. a. der panikartige Einkauf von 50 Mio. Impfdosen, kostete die deutschen Steuerzahler rund 1 Milliarde Euro. Nur ein Bruchteil wurde genutzt, da viele Menschen zu Recht am Ausmaß der vorhergesagten Katastrophe zweifelten. An den Kosten ändert dies jedoch nichts. Die Pharmafirmen haben ihren Gewinn gemacht. Wohin nun aber mit den überschüssig eingelagerten Impfdosen? Als „humanitäre Geste“ an Entwicklungsländer entsorgen? Oder doch ein abermaliges Wiederausgraben des Virus unter geändertem Namen? Man darf gespannt sein über neue Verwendungsideen.

Die UNO-Behörde verweigert jetzt die weitere Offenlegung dieser Interessenkonflikte. Dies zeigt bereits, dass die darin verwickelten Pharmariesen alles tun werden, damit nicht noch mehr Details ans Licht kommen. Die WHO-Generaldirektorin MARGARET CHAN, die die H1N1-Grippe am 11. Juni 2009 zur Pandemie ausgerufen hat, habe sich von einem „geheimen Komitee“ beraten lassen, denn die Namen der 16 Mitglieder seien nur WHO-intern bekannt.

Neben der lobbyorientierten Stoßrichtung von Codex Alimentarius gibt auch diese offenkundige Beeinflussung der WHO, die das Handeln von Regierungen bestimmt, einmal mehr Aufschluss über die Unterwanderung der UNO durch die Pharmaindustrie.

Neue Probleme für gesamte Pharmabranche

Aufgrund der zahlreichen Veröffentlichungen über Bestechungen, Korruption und Betrügereien, scheint es langsam eng zu werden in dieser Branche.

„Der Einfluss der Pharmatentakel betrifft alle Ebenen der Entscheidungsfindung“

Paul Flynn

Labour-Abgeordneter

Ein Land, welches sich angesichts eines drohenden Staatsbankrottes mit den Pharmakonzernen angelegt hat, ist Griechenland. Die Regierung ordnete im Mai an, die Preise für patentierte Medikamente um 27 % zu senken. Dies versetzte die Branche in Alarmbereitschaft, und der Protest der Pharmaunternehmen ließ nicht lange auf sich warten.

Nicht nur wegen der Gewinneinbußen ist die Aufregung groß, sondern besonders wegen der befürchteten Kettenreaktion anderer Länder. Schließlich bringt der Handel mit patentierten Arzneimitteln mehrere Milliarden Euro im Jahr ein. Der Markt für die verhassten „Parallelimporte“ (Generika und auch der sogenannte Graumarkt) würde sich dann noch weiter ausdehnen. Nun drohen also auch die griechischen „Billigarzneien“.

Das Ausbleiben neuer, profitabler Produkte und der heftige Streit um Patentrechte zwischen den Pharmaunternehmen ist ein weiterer Ausdruck des sich verschärfenden Machtkampfes. Zunehmend ziehen Konzerne wegen mutmaßlicher Patentverletzungen vor Gericht.

Hierzu zwei Beispiele. Ende Mai reichte der US-Konzern Biogen Idec Klage ein, angeblich weil die deutschen Hersteller Bayer und Merck das US-Patent für ein Multiple-Sklerose-Medikament (Avonex) verletzt. Biogen Idec ist der Auffassung, dass die MS-Präparate Betaferon von Bayer sowie Rebif von Merck (in den USA auch von Pfizer verkauft) das neue US-Patent unterwandern. Immerhin geht es mit Betaferon weltweit um einen Umsatz von 1,21 Mrd. € (2009) und mit Rebif sogar um 1,54 Mrd. €.

Gegenstand des zweiten Rechtsstreits ist Bayers Antibabypille Yaz. Hier zog der israelische Generikaspezialist Teva vor ein US-Gericht, nachdem Bayer angekündigt hatte, diesen auf Patentverletzung verklagen zu wollen. Teva hatte eine Kopie der Pille vorzeitig auf den US-Markt gebracht. In Absprache mit Bayer dürfe dies aber erst ab Juli 2011 geschehen. Der Konzern erzielte mit Yaz in den USA zuletzt einen Umsatz von 782 Mio. US\$.

Die Regierung setzt zum großen Streichkonzert an, aber wo bleibt Big Pharma?

Wohin die Krakenarme der Pharmaindustrie reichen, ist besonders gut auch in Deutschland sichtbar.

Der Druck auf das hemmungslose Geschäftsmodell der Pharmaindustrie mit angehäuften, gigantischen Gewinnen wächst, weil einerseits die Ausgaben im Gesundheitswesen unerträglich hoch geworden sind und andererseits weitere Einnahmen kaum noch zu generieren sind. Die Menschen haben die ewigen Beitragserhöhungen und Zuzahlungen satt. Vergangene Ausgaben dieses Rundbriefes beschäftigten sich damit. Vorerst muss sich sogar die FDP von ihren Plänen einer Kopfpauschale verabschieden. Auch die letzte Variante, zumindest 30 € pro Monat zusätzlich von den Versicherten einzusammeln, scheint zunächst gekippt. Nun steht allerdings wieder eine Erhöhung des Zusatzbeitrages in der Diskussion. Im Gegensatz dazu spricht ein internes Papier der Parteichefs davon, Ausgabenkürzungen den Vorrang zu geben.

Aus Angst vor einer drohenden Insolvenz der drittgrößten deutschen Krankenkasse DAK wird bereits ein Krisenszenario durchgerechnet. Bei einer Pleite müssen die konkurrierenden Kassen die Versicherten auffangen. Der DAK sollen in diesem Jahr bereits 200 Mio. € fehlen. Für 2011 gehen die Wettbewerber sogar von einem Minus von 800 Mio. € aus.

Alles in allem, eine äußerst angespannte Situation und ein heilloses Durcheinander, weil wirkliche Lösungen in diesem Gesundheitssystem nicht möglich sind, will man der Pharmalobby Genüge tun. Andererseits soll der Zorn der Bürger nicht verschärft werden. Angesichts dieses Dilemmas verschiebt die Regierung eine Entscheidung erst einmal bis zum Sommer.

Und was hält das gerade beschlossene Einsparpaket der Bundesregierung zur Eindämmung der Finanzkrise bereit?

Die wohl härtesten Einschnitte gibt es im sozialen Bereich. Es trifft Arbeitslose und Familien. Doch diejenigen, die die schlimmste Krise der letzten 80 Jahre verursacht haben, werden nicht zur Kasse gebeten. Warum denn auch? Aus Sicht der Profiteure muss das große Geschäft auf Kosten der Armen und Schwachen in dieser Gesellschaft weiter gehen. Und der Druck zulasten des Klein- und Mittelstandes weitet sich ebenfalls aus. Politiker wissen um diese Ausweglosigkeit,

„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Horst Seehofer, CSU

wie die Einschätzung des ehemaligen Gesundheitsministers HORST SEEHOFER in einer kürzlich ausgestrahlten TV-Sendung beweist: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ Bloße Polemik des bayerischen Landesvaters oder doch eher ein Eingeständnis in die Rolle als willfährige Marionette? Als Vorsitzen-

der einer Koalitionspartei hätte Seehofer durchaus Möglichkeiten, die verfahrenere Gesundheitspolitik grundsätzlich zu reformieren. Sich mit den Krakenarmen der riesigen Lobby der Großkonzerne anzulegen, allen voran, denen der Chemie- und Pharmabranche, bleibt dabei nicht aus. Mafiöse Strukturen in Politik, Justiz und Wirtschaft müssen rigoros bekämpft werden.

Gesellschaftlich rührt sich bereits zunehmend Widerstand. Parteien, Gewerkschaften und Verbände wollen eine breite Front gegen die beschlossenen sozialen Kürzungen organisieren. Immer mehr Menschen erkennen auch den Einfluss einer übermächtigen Pharmabranche auf die Regierung.

Was Sie jetzt tun können

- **Informieren Sie Ihre Mitmenschen über diese gesellschaftlichen Entwicklungen und ganz besonders über den politischen Einfluss der Pharmabranche.**
- **Stellen Sie Ihre/n Abgeordnete/n zur Rede, was sie/er gegen Korruption, Bestechung und Einflussnahme von Lobbyisten zu tun gedenkt?**
- **Machen Sie dabei deutlich, dass von den dargestellten Entwicklungen alle Bürger betroffen sind. Soll sich etwas ändern, ist Widerstand unumgänglich.**